



Presseschau vom 12.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.02.2019**

Trotz der Aufrufe der Weltöffentlichkeit zur Regelung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg demonstriert die ukrainische Seite offen ihre Verachtung und das vollständige Ignorieren ihrer Verpflichtungen.

Im Vorfeld einer weiteren Runde der Verhandlungen in Minsk verstärken die ukrainischen bewaffneten Formationen mit jedem Tag den Beschuss des Territoriums der Republik, darunter auch mit schweren Waffen, wobei allein die Tatsache, dass sie sich in der Nähe der Kontaktlinie befinden, eine Verletzung der Minsker Vereinbarungen ist. **Allein heute haben die BFU fünfmal Ortschaften der Republik mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen.**

Kämpfer aus der 57. Panzergrenadierbrigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk elf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Shabitschewo** und das Gelände des Donezker Flughafens abgefeuert.

Von den Positionen der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch wurden zwei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Leninskoje** abgefeuert.

Die Kämpfer aus der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Garas haben **Golmowskij** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und acht Geschosse abgefeuert.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Wir rufen die OSZE auf, alle notwendigen und dringenden Maßnahmen zur Bändigung der

ukrainischen bewaffneten Formationen zu ergreifen. Solche Handlungen des Kommandos der ukrainischen Besatzungskräfte unterstützen nicht die Regelung des Konflikts auf friedlichem Weg, sondern bestätigen umgekehrt die aggressiven Absichten der ukrainischen Seite und deren vollständig desinteressiertes Verhältnis zu ihren Verpflichtungen.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde heute um 18:20 Uhr **Dolomitnoje** von Seiten der BFU beschossen.

Infolge des Beschusses wurde ein Stromleitung beschädigt. Die Ortschaft hat keinen Strom. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

Wpered.su: **Boris Litwinow übergab Kindern Geschenke der KPRF**

In der letzten Woche hat der erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow ein Treffen mit kreativ begabten Kindern durchgeführt. Dies teilte ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Während der Unterhaltung erzählte Boris Alexejewitsch von seinem Beitrag zur Entstehung der Donezker Volksrepublik als Vorsitzender des Obersten Sowjets der DVR, von den hellen Ideen, die dem neuen Staat zugrunde gelegt und 2014 ausgerufen wurden.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der internationalen Aktivität der Republik gewidmet, der Unterstützung unseres gemeinsamen Kampfes durch Genossen aus verschiedenen Ländern der Welt, besonders aus der Russischen Föderation, die dem Volk des Donbass unschätzbare Hilfe leistet. Eine überzeugte Haltung für die Anerkennung der Donezker und Lugansker Volksrepublik nimmt die Kommunistische Partei der Russischen Föderation unter Leitung ihres Vorsitzenden Gennadij Sjuganow ein.

Nach der Übergabe der Geschenke interessierte sich Boris Litwinow in einer informellen Atmosphäre im Gespräch in der professionellen Sprache eines Musikers für die kreativen Erfolge, die Neigung und die Ansichten der Kinder über die Zukunft.

Als Zeichen der Dankbarkeit spielten die Kinder für den Gast eigene musikalische Kompositionen auf dem Klavier. Als professioneller Musiker schätzte Boris Litwinow die Meisterschaft der jungen Talente der Republik hoch ein und wünschte ihnen neue Erfolge, Siege und Errungenschaften in der Kunst und in ihrer kreativen Tätigkeit.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/02/LAg1d9xxXhM-768x576.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Ungarns Außenminister wirft Europa Heuchelei gegenüber Russland vor**

Ungarns Außenminister Peter Szijjarto hat bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Außenminister Mike Pompeo von Heuchelei der westlichen Länder gegenüber Russland gesprochen.

Während seiner Rede verwies Pompeo auf den wesentlichen Einfluss Russlands auf der internationalen Bühne. Ihm zufolge will Russland zur Spaltung unter Nato-Freunden beitragen.

„Das autoritäre Russland wird nie ein Freund der Freiheit und Souveränität kleinerer Länder“, so Pompeo.

Der ungarische Außenminister sagte darauf, dass die Zusammenarbeit mit Moskau sein Land nicht störe, ein vertraulicher Verbündeter der USA und der Nato zu sein.

Ferner sagte er:

„Was Russland angeht – ich habe dies bereits dem US-Außenminister gesagt –, gibt es enorme Heuchelei und politische Korrektheit auf der europäischen politischen Bühne. Weil nicht ungarische oder zentraleuropäische Energieunternehmen an der Vorbereitung und dem Bau von Nord Stream 2 zusammen mit Gazprom teilnehmen. Zum Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg wurde als Hauptgast nicht Ungarns Premierminister, sondern Frankreichs Präsident eingeladen. Und neben Putin saßen auf der Bühne keine Chefs der ungarischen Energieunternehmen, sondern Leiter von westeuropäischen Korporationen.“ Er rief unter anderem dazu auf, den Handelsumfang der europäischen Länder mit Russland einzuschätzen, um festzustellen, dass Budapest nicht die engsten Beziehungen zu Russland hat.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 verschlechtert. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten die USA und die EU politische und wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Russland. Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus jenen Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland verhängt hatten, und nahm Kurs auf Importersatz.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32392/38/323923885.jpg>

de.sputniknews.com: „**Kein Schub aus Kiew**“: **Russischer Botschafter zu Treffen des „Normandie-Quartetts“**

Laut dem russischen Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, ist es kaum sinnvoll, über neue Treffen des sogenannten „Normandie-Quartetts“ (Russland, Deutschland, Frankreich und Ukraine) bezüglich der Beilegung des Donbass-Konflikts zu sprechen, sollte es keinen Fortschritt vonseiten Kiews geben.

„Wir sehen den Wunsch Berlins, die vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets zu erreichen und die Beilegung des innerukrainischen Konflikts zu fördern. Gleichzeitig sieht das die Notwendigkeit vor, dass unsere deutschen Partner enger und prinzipieller mit Kiew arbeiten, das nicht beabsichtigt, auf die militante nationalistische Rhetorik zu verzichten, und weiterhin die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine verletzt“, so Netschajew in einem Interview mit Sputnik anlässlich des Diplomatentags.

„Ohne einen wirklichen Fortschritt vonseiten Kiews bezüglich der Beilegung hat es kaum Sinn, über neue Treffen des ‚Normandie-Quartetts‘ auf höchster oder hoher Ebene zu sprechen“, sagte der Botschafter weiter.

Solche Treffen sollten ihm zufolge gut vorbereitet sein und konkrete Ergebnisse hinsichtlich der vorher vereinbarten Schritte erzielen. Unter anderem gehe es dabei um die Kräfteentflechtung an den drei Pilot-Orten sowie die Fixierung der sogenannten „Steinmeier-Formel“.

„Wir sehen keinen Schub seitens der Regierung in Kiew. Derzeit ist man in Kiew mit Wahlkampf beschäftigt, der auf die weitere Anstiftung zur antirussischen Hysterie ausgerichtet ist“, so der Diplomat.

Die Behörden der Ukraine hatten im April 2014 eine Militäroperation gegen die beiden selbstausgerufenen Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Staatsstreich in der Ukraine vom Februar 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nach UN-Angaben sind in dem Konflikt bereits mehr als 10.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Regelung der Situation im Donbass wird auch bei den Treffen der Kontaktgruppe in Minsk erörtert, wo seit September 2014 drei Dokumente verabschiedet wurden, in denen Schritte zur Deeskalation des Konflikts festgelegt sind. Hierzu gehört auch der Waffenstillstand. Doch selbst Vereinbarung von Waffenruhe kommt es weiter zu Schusswechseln zwischen den Konfliktparteien.

lug-info.com: **In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.**

Beschossen wurden die Gebiete von Solotoje-5, Donezkij, Shelobok, Sokolniki und Logwinowo.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Nach Angriff der US-Koalition in Syrien: Sana meldet mindestens 70 Tote und Verletzte

Mindestens 70 Zivilisten sind bei dem jüngsten Luftangriff der US-Koalition auf ein Flüchtlingscamp in der syrischen Ortschaft al-Baghouz (Baguz) getötet und verletzt worden, meldet die Nachrichtenagentur Sana unter Berufung auf lokale Quellen.

Laut der jüngsten Information der Agentur wurden in der südöstlichen Provinz Deir ez-Zor mindestens 70 Menschen getötet und verletzt. Zuvor war die Rede von 16 Toten gewesen. Die kurdisch-arabischen Abteilungen der „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) hatten am vergangenen Samstag den Beginn einer Operation zur „Säuberung“ des „letzten“ syrischen Dorfes verkündet, das noch vom „Islamischen Staat“ (IS) kontrolliert wird. Die Operation hatte in der Nacht zum Samstag in Baguz begonnen. Wie SDF-Sprecher Mustafa Bali auf

Twitter mitteilte, sei Baguz „das letzte syrische Dorf, das noch unter IS-Kontrolle steht“. Die Abteilungen des kurdisch-arabischen Bündnisses kämpfen seit Monaten mit Unterstützung der Fliegerkräfte der US-geführten Koalition gegen die restlichen IS-Einheiten. Indessen wurden laut Medienberichten bei Luftangriffen der Koalition wiederholt Zivilisten getötet.

Zuvor hatten syrische Medien berichtet, die israelische Armee habe ein Krankenhaus in der Provinz Quneitra, im Südwesten Syriens, durch Panzerfeuer zerstört.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31724/35/317243594.jpg>

de.sutniknews.com: **Moskau: USA kämpfen nicht gegen IS – nach Abzug aus Afghanistan ändert sich nichts**

Die Situation in Afghanistan wird sich laut dem Leiter der Zweiten Asien-Abteilung im russischen Außenministerium, Samir Kabulow, nach dem Abzug der US-Truppen nicht ändern, da die Amerikaner nicht gegen den „Islamischen Staat“ kämpfen.

„Nach dem Abzug der Amerikaner, die ohnehin nicht gegen den IS kämpfen, wird sich an und für sich nichts ändern“, sagte Kabulow am Dienstag bei einer Pressekonferenz.

Es gebe Kräfte in Afghanistan, die „sich mit dem IS befassen werden“. „Wenn alle Afghanen, sowohl das offizielle Kabul als auch die Taliban, ein Friedensabkommen erzielen, werden sie nicht gegeneinander kämpfen müssen. Dann werden sie sich auf afghanische Weise mit dem IS beschäftigen. Und von dieser Terrororganisation wird keine Spur bleiben“, so Kabulow. Zudem hält Moskau es laut Kabulow für logisch, nach der nationalen Versöhnung in Afghanistan die Sanktionen gegen die Taliban aufzuheben.

„Die Taliban sind schon ein Teil der afghanischen Nation. Sie sind Afghanen, die unter der Flagge der Taliban agieren. Wenn sich alle Afghanen miteinander verständigen, wird das Weitere ihre innere Angelegenheit sein: Wenn die Taliban ihre Organisation als legitime politische beibehalten, werden sie dann natürlich an allen Prozessen teilnehmen. (...) Wenn dies passiert, also die nationale Versöhnung erzielt wird, werden alle Sanktionen gegen sie aufgehoben werden. Das ist eine logische Schlussfolgerung“, betonte Kabulow.

Zuvor hatte die Agentur Reuters mit Verweis auf die Taliban mitgeteilt, die Gespräche zwischen den USA und den radikalislamischen Taliban in Katar seien wohl erfolgreich verlaufen.

Die Seiten hätten den Abzug der ausländischen Truppen innerhalb von 18 Monaten aus Afghanistan vereinbart. Dies würde das Ende des längsten Krieges der USA bedeuten.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für

den Zeitraum vom 11. Februar 3:00 Uhr bis 12. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 24.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij, Dolomitnoje, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum, Terminal), Spartak, Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo, Leninskoje, Sachanka, Oktjabrj.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU auf Dolomitnoje eine Stromleitung beschädigt, in der Folge hat die Ortschaft keinen Strom.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 289.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 264.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Sputnik berichtet über Eskapaden von US-Botschafter – dieser reagiert empört**

Nikita Gerassimow

Richard Grenell, US-Botschafter in Deutschland, hat sich in Teilen der deutschen Öffentlichkeit mit verschiedenen Äußerungen extrem unbeliebt gemacht. Sputnik berichtet detailliert darüber und zitiert den US-Gesandten offen. Nun reagiert Grenell auf entsprechende Sputnik-Artikel – er zeigt sich empört und verbreitet gleich beweislose Behauptungen.

Am Sonntag hatte Sputnik über ein Interview von Grenell berichtet, das dieser der „Welt am Sonntag“ gegeben hatte.

Ohne Wertung präsentierten wir die wichtigsten Thesen des Botschafters, die sich kurz unter folgenden Stichpunkten zusammenfassen lassen:

- Grenell zeigte sich unzufrieden, dass Deutschland zu wenig in die Rüstung investiert. Das müsse mehr werden, so Grenell. Die Argumentation war: „Russland steht vor der Haustür.“
- Weiterhin warnte der Vertreter von Trump davor, mit Iran trotz der amerikanischen Sanktionen zu handeln. Amerikanische Sanktionen zu umgehen, sei „nicht ratsam“, so Grenell an Deutschland.
- Schließlich gab Grenell seine Unzufriedenheit mit dem Projekt Nord Stream 2 zur Kenntnis. Dieses gehe den Amerikanern zu weit, so der US-Botschafter.

Die Reaktion der Leser auf diesen Artikel war für Grenell zweifelsohne verheerend. Innerhalb eines Tages sammelten Grenells Forderungen im Sputnik-Artikel über 600 Dislikes (bei nur etwa 10 Likes) sowie über 180 Kommentare, die nahezu ausschließlich negativ waren.

Manche User forderten die Ausweisung des Diplomaten oder seine Erklärung zur Persona non grata.

Andere warfen ihm Kolonialherrenmanieren usw. vor.

Reaktion von Grenell symptomatisch für USA

Offenbar hat der Artikel gar so „eingeschlagen“, dass Grenell persönlich darauf antworten musste.

Via Twitter teilte er den Artikel (vielen Dank dafür übrigens) und schrieb dazu:

„Während russische Medien mich weiterhin angreifen, vergessen sie immer zu erwähnen, dass Russland immer noch 24 ukrainische Matrosen als Geiseln in einem Gefängnis festhält. Oder dass Russland ein Passagierflugzeug in der Ukraine abgeschossen oder chemische Waffen gegen einen Gegner eingesetzt hat (...).“

Doch genau diese Reaktion zeigt noch einmal, wie chronisch die US-„Diplomatie“ an ihrer „Vorgesetzten“-Mentalität leidet. Es ist offensichtlich selbstverständlich für US-Diplomaten, in einem Ton von Forderungen und Ultimaten zu sprechen – und das wohlgerne noch nicht einmal mit geopolitischen Konkurrenten, sondern mit „Partnern“ und „Verbündeten“.

Zudem zeigt dieser Tweet offen, wie US-Vertreter arbeiten.

Behauptungen und Gerüchte werden von sich gegeben, ohne konkretes beweisendes Material dafür zu liefern, oder einfach Unwahrheiten verbreitet.

Beweise hat man als amerikanischer Politiker offenbar nicht nötig.

- Ukrainische Matrosen als „Geiseln“? Nein, es waren Grenzverletzer, die in russische Hoheitsgewässer eindrangen, Anweisungen der russischen Küstenwache missachteten und folglich festgesetzt werden mussten. Mit Geiselhaft hat das nichts zu tun.

- Abschuss der MH-17 über der Ukraine? Es gibt weiterhin keinen einzigen belastbaren Beweis, dass es Russland war. Im Gegenteil, auf einer Pressekonferenz des russischen Verteidigungsministeriums vom September 2018 sind zuvor geheime Dokumente veröffentlicht worden. Diese belegen, dass die für den Abschuss des Flugzeugs verantwortliche Rakete seit den 1980er Jahren im Dienst der ukrainischen Armee stand.

- Chemische Waffen gegen Gegner? Auch im Skripal-Fall, den Grenell hier vermutlich meint, gibt es keinen einzigen Beweis. Mehr noch, seit längerer Zeit schweigt London dazu und versucht offensichtlich, das Thema unter den Teppich zu kehren.

Der Tweet von Grenell ist somit erneut ein Indiz, wie gerne US-Diplomaten Gerüchte nutzen, und wie selten sie Fakten präsentieren. Das Ziel aber ist fast immer das gleiche – Russland zu diskreditieren.

Apropos, diese Vorgehensweise ist nicht nur für US-Vertreter symptomatisch.

An diesem Kommentar fand nämlich auch das „Bild“-Blatt seinen Gefallen. „Bild“-Chef Julian Reichelt retweetete Grenells Antwort.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32392/75/323927565.jpg>

de.sputniknews.com: **Um „Russlands Einfluss“ einzudämmen: US-Außenminister Pompeo in Osteuropa unterwegs**

Liudmila Kotlyarova

US-Außenminister Mike Pompeo hat sich auf eine Reise durch Osteuropa begeben, um den größeren Einfluss der USA und eine Begrenzung des russischen Einflusses zu sichern. Nicht umsonst, meint Osteuropa-Experte Reinhard Lauterbach im Sputnik-Gespräch. Sogar die Energiepolitik wird unter Nato-Schutz gestellt, als wäre schon wieder kalter Krieg.

Am Montag beehrte der Chef des US-Außenministeriums und treue Trump-Anhänger Mike Pompeo das ungarische Budapest mit seiner Anwesenheit. Während einer Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen Peter Szijjarto ging er sofort in die Offensive: „Die Russen und die Chinesen haben inzwischen großen Einfluss hier. Nur teilen sie leider keinesfalls die amerikanischen Werte, die uns am Herzen liegen.“ Die USA wollen nicht zulassen, dass „Putin einen Keil zwischen Nato-Verbündete treibt“, so Pompeo.

Szijjarto wies Pompeos Kritik zurück. Hier gebe es enorme Heuchelei, auch andere europäische Staaten seien in hohem Maße auf russische Energielieferungen angewiesen, so der Außenminister Ungarns. Zugleich stellte das ungarische Verteidigungsministerium am selben Tag aber alle außer Dienst gestellten sowjetischen und russischen Kampfflugzeuge MiG-29 zur Versteigerung bereit.

Die neue US-Strategie im Osteuropa unter dem Motto „gemeinsame Geschichte würdigen und eine gemeinsame Zukunft aufbauen“ wird vom US-Außenministerium irgendwie mit dem „30. Jahrestag des Zusammenbruchs des Kommunismus“ in Verbindung gebracht. Es heißt, Pompeo wolle „die Verbündeten dazu ermutigen, flächendeckend ihren Widerstand gegen Russland und China zu verstärken: beim Handel, bei Energiesicherheit und Rechtsstaatlichkeit“. Nun warten die Slowakei und Polen auf die sorgfältige Ermutigung.

„Gemeinsames Interesse an der Ukraine als Nato-Mitglied“

Mit gewisser Befriedigung weiß das US-Ministerium darauf hinzuweisen, dass sowohl Ungarn als auch die Slowakei (anders als Deutschland) bis 2024 ihren Verteidigungsbeitrag an die Nato auf zwei Prozent des BIP erhöhen werden. Doch es geht weiter. „Wir fordern Ungarn und die Slowakei nachdrücklich auf, ihre Arbeit für mehr regionale Energiesicherheit zu verstärken und die Pipelines Nord Stream 2 und Turkish Stream abzulehnen“, soll die Botschaft gewesen sein, auf die Peter Szijjarto so heftig reagierte. Stattdessen müsste das flüssige Erdgas, das auf der kroatischen Adriainsel Krk verarbeitet werde, direkt zur Energiesicherheit in Zentraleuropa beitragen, so das US-Außenministerium.

Allerdings: „Die USA, Ungarn, die Slowakei und alle Nato-Verbündeten haben ein gemeinsames Interesse an einer prosperierenden, stabilen und demokratischen Ukraine, die sich frei (...) mit ihrem Weg zu einer eventuellen Nato-Mitgliedschaft befasst.“

Über die Frage hinaus, ob Ungarn sich als Transitland für Gas aus der Turkish Stream-Pipeline bereitstelle, gebe es noch eine aktuellere Frage zwischen den USA und Budapest zu besprechen, kommentiert der Osteuropaexperte Reinhard Lauterbach gegenüber Sputnik. Dies sei der Sprachenstreit mit der Ukraine, in dessen Rahmen es eine wahrgenommene Diskriminierung der ungarischen Minderheit in der Karpatoukraine durch das neue ukrainische Sprach- und Schulgesetz gebe.

Budapest hatte angekündigt, jede weitere Annäherung Kiews an EU und Nato zu blockieren, solange die Ukraine keine Zugeständnisse in dieser Frage mache. „Dieser Streit ist aus Sicht der geostrategischen Interessen der USA völlig unwesentlich und kontraproduktiv“, meint Lauterbach. Washington werde Ungarn etwas bieten, damit es seinen Standpunkt ändere, oder die Ukraine zu Zugeständnissen veranlassen müssen.

Polen als transatlantischer Musterschüler

„Es liegt in unserem europäischen Interesse, dass amerikanische Truppen und Atomraketen auf dem Kontinent stationiert sind“, sagte Polens Außenminister Jacek Czaputowicz Anfang Februar in einem Spiegel-Interview. „Der Spiegel“ interpretierte das als direkte Forderung nach neuen US-Raketen in Polen. „Das wünschen wir uns überhaupt nicht“, wies das polnische Außenamt die falsche Interpretation zurück. Experten zufolge soll in Polen doch spätestens bis 2022 die Stationierung von US-Patriot- und Aegis-Ashore-Komplexen samt Mk

41 Vertical Launching System, einer Senkrechtstartanlage für Flugkörper, abgeschlossen werden, zusätzlich zu denen in Rumänien.

„Polen tut viel dafür, um als transatlantischer Musterschüler auf sich aufmerksam zu machen“, kommentiert Lauterbach weiter. Gemäß dem Experten schwebt dem Land dabei offensichtlich eine Rolle als Juniorpartner ähnlich der vor, die die BRD während des ersten Kalten Krieges gespielt hatte: Ein Frontstaat, dem um seiner strategischen Bedeutung willen einiges an nationalem Egoismus zugestanden wird.

Einen Sperrriegel zwischen Deutschland und Russland legen

Daher sei die Aufgabe des persönlichen Besuchs Pompeos in Polen, einige Dinge im eigenen Interesse zu regeln. Lauterbach zufolge will Pompeo eine Achse schmieden, die in den USA seit ungefähr 2016, darunter in Berichten des US-Informationssendienstes Stratfor, offen propagiert wird: Das „Intermarium“ oder: die Drei-Meere-Initiative. Das Ziel aus amerikanischer Sicht offenbare ein Blick auf die Landkarte: Einen Sperrriegel zwischen Deutschland und Russland zu legen, auch ganz banal geographisch. „Und daran fehlt es in Polen nicht: Das Land strebt eine Renaissance der „Intermarium“-Konzepte aus der Zwischenkriegszeit an“, sagt Lauterbach. Mit dem Terminal auf der kroatischen Adriainsel Krk werde ein Schuh aus dieser angestrebten Achse: Dann wäre ganz im Sinne von Churchills berühmter Fulton-Rede von 1946 ein „Eiserner Vorhang von Stettin bis Triest“ durch Europa gezogen. Nur diesmal von amerikanischer Seite.

Der Punkt der US-Einflussnahme sowie in Ost- als auch in Zentraleuropa scheint Lauterbach gemäß zu sein, dass inzwischen auch die Energiepolitik unter Nato-Schutz gestellt wird, als wäre schon Krieg, zumindest ein kalter. Daher die ständigen Äußerungen über eine Abhängigkeit von Russland, die so gar nicht bestehen würde, so der Experte. Der russische Anteil an den Gaslieferungen nach Europa war in den letzten 20 Jahren von 80 auf gut 30 Prozent zurückgegangen. Das Fazit ist klar: Mike Pence, der Vizepräsident der USA, wolle die vermeintliche Abhängigkeit von Russland durch diese von den USA ersetzen. Nord Stream 2 dürfte daher bei der Münchner Sicherheitskonferenz in der nächsten Woche, zu der unter anderem Pence und der stellvertretende US-Energieminister Dan Brouillette erwartet werden, ein Thema sein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32380/89/323808966.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **So schätzt russischer Botschafter in Berlin Druck auf Sputnik und RT ein**

Die Kampagne zur „Hetze“ gegen russische Medien in Deutschland wird aus Mangel an

Argumenten für die von ihnen ausgedrückte Position geführt. Die Anhänger dieser Linie entlarven nur sich selbst. Diese Meinung äußerte der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew.

„Alle, die auf die eine oder andere Art in diese (...) unschöne, gegen russische und russischsprachige Medien entfaltete Medien-Kampagne verwickelt sind, entlarven sich selbst. Kurs auf Diskreditierung wird erst dann genommen, wenn keine Argumente mehr da sind“, so Netschajew.

Es sei viel leichter, „dem Opponenten Propaganda vorzuwerfen und ihm die Möglichkeit einer freien Vermittlung seiner Meinung an die lokale Gemeinschaft zu verweigern, als eine professionelle, auf Fakten beruhende Diskussion zu Streitfragen zu führen“.

Er betonte dabei, dass Russland Vertreter von deutschen, in Russland tätigen Medien nicht „malträtiert“, obwohl deren Content „uns nicht immer gefällt und oft weit ab von der Objektivität ist“.

„Alles, was wir erreichen wollen, ist die Gewährleistung der Möglichkeit für unsere Journalisten, ihre Berufspflicht in Deutschland zu erfüllen, wie dies viel zahlreicher Vertreter der deutschen Medien in unserem Land tun“, fügte er hinzu.

Die Situation mit den russischen Massenmedien im Westen hat sich in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt. Das Europäische Parlament beschloss im November vorigen Jahres eine Resolution, die zum Widerstand gegen russische Massenmedien aufruft. Als Hauptbedrohungen werden darin Sputnik und RT genannt.

Etliche Politiker im Westen, darunter US-Kongressmitglieder und der französische Präsident Emmanuel Macron beschuldigten Sputnik und RT der Wahleinmischung in den USA und in Frankreich, legten jedoch keinerlei Beweise dafür vor. Offizielle Vertreter Russlands wiesen diese Äußerungen als haltlos zurück.

Im Januar hatte der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) die Landesmedienanstalten aufgerufen, dem russischen TV-Sender RT keine Lizenz zur Berichterstattung zu erteilen. Grund dafür: Aus Sicht des DJV ist RT „kein Informationsmedium, sondern ein Propagandainstrument des Kremls“. Laut dem DJV-Vorsitzenden Frank Überall hatte RT in der Vergangenheit immer wieder Geschichten erfunden oder tatsächliche Ereignisse einseitig dargestellt.

Die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, Maria Sacharowa, bezeichnete die Versuche der deutschen Medien, darunter auch staatlich finanzierter, russische Medien durch Desinformation und Druck zu diskreditieren, als echte Hetzkampagne.

dnr-online.ru: In Donzok fand am Denkmal für Artjom (F.A. Sergejew) eine Massenkundgebung zum 101. Jahrestag der Bildung der Donezko-Kriworoshschaja-Republik, einer autonomen sowjetischen Staatsbildung im Rahmen der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik (RSFSR). statt. Nach Meinung von Historikern war dies der erste Versuch des Aufbaus einer eigenen Staatlichkeit im Donezker Gebiet, deshalb kann die Bedeutung dieses Ereignisses kaum überbewertet werden.

An der Veranstaltung nahmen das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka, der Leiter der Parlamentsfraktion von „Donezkaja Respublika“, der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Walerij Skorochodow, der Leiter des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow, Vertreter der Verwaltung der Hauptstadt sowie etwa tausende Einwohner der Stadt.

„Es sind 101 Jahre seit dem Zeitpunkt vergangen, als die Donezko-Kriworoshschaja-Republik die wichtigsten industriellen Regionen Russlands in sich vereinte. Die Republik war auf einem anderen Prinzip aufgebaut, ausgehend von den ökonomischen Besonderheiten der Region, und nicht nach nationalen Kennzeichen. In jedem Moment führte die DKR recht revolutionäre Reformen, Veränderungen durch. Aber das Schicksal entschied anders. Dennoch

erinnern wir uns an die Verdienste unserer Vorfahren und ehren sie, ihre Bestrebungen, die sehr eng mit unseren Wünschen verflochten sind. Wir wollen in einem sozialen Staat leben, wir sind auf eine große Gemeinschaft, auf die russische Welt orientiert! Und obwohl die Donezko-Kriworoschkaja-Republik und die Donezker Volksrepublik durch ein Jahrhundert getrennt sind, haben wir nach wie vor einen Feind, den ukrainischen Nationalismus. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam widerstehen. Die Donezker Volksrepublik strebt danach, dass die Menschen würdig leben“, erklärte der Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

„Die Donezko-Kriworoschkaja-Republik ist ein helles historisches Vorbild dafür, wie ein Volk sich nicht mit dem Chaos, der Zerstörung und der Aufdrängung fremder Ideen abfinden wollte und sein Schicksal in eigene Hände nahm. Und nun, nach hundert Jahren, verbindet uns gerade das. Es verbindet das Bestreben für die Zukunft zu leben und zu arbeiten“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka.

Zum Abschluss der Kundgebung wurden Kränze und Blumen an Denkmal des Vorsitzenden des Sowjets der Volkskommissare der Donezko-Kriworoschkaja-Republik F. A. Sergejew (Artjom) niedergelegt.

de.sputniknews.com: **Nach Brexit: Irland stellt Ausbau des Handels mit Russland in Aussicht**

Irland zeigt sich bereit, den Handel mit Russland nach dem Brexit auszubauen, um die mit dem Ausstieg Großbritanniens offenbar verlorengehenden Einnahmen wettzumachen. Das gab der Koordinator der bilateralen interparlamentarischen Freundschaftsgruppe, Fergus O'Dowd, Dienstag in Moskau bekannt.

„Ja, natürlich können und wollen wir den Handel aufstocken. Das Handelsvolumen (zwischen Russland und Irland – Anm. d. Red.) beläuft sich zurzeit auf 500 Millionen US-Dollar (etwa 442 Millionen Euro). Das zeugt davon, dass unsere Handelsbeziehungen auch weiterhin entwickelt werden müssen“, sagte O'Dowd.

Am Dienstag fand in der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) ein Treffen mit irischen Abgeordneten statt. Der Duma-Abgeordnete von der LDPR, Sergej Marinin, fragte, ob eine Vergrößerung des Warenumsatzes zwischen beiden Ländern nach dem Brexit möglich sei.

Seiner Ansicht nach könnte es in Irland nach dem Brexit zu einem Rückgang der Einnahmen aus dem Handel mit Großbritannien kommen. Diesen Verlust könnte ihm zufolge Russland auffüllen.

Großbritannien scheidet voraussichtlich am 29. März 2019 aus der EU aus. Sollte bis dahin kein Abkommen mit Brüssel unter Dach und Fach sein, droht dem Land ein chaotischer Brexit mit erheblichen Folgen für die Wirtschaft und viele weitere Lebensbereiche.

Am 23. Juni 2016 hatten 51,9 Prozent der britischen Wähler bei einem Referendum für den EU-Austritt des Landes gestimmt.

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.02.2019**

Die ukrainische Seite ignoriert in jeglicher Weise die Aufrufe der Weltöffentlichkeit zu einer Regelung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg und zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Mehr noch, die bewaffneten Formationen der Ukraine vergrößern ständig die Häufigkeit und Intensität des Beschusses, vor allem unter Verwendung schwerer Waffen. Im Vorfeld einer weiteren Runde von Verhandlungen in Minsk demonstrieren die ukrainischen Kämpfer ihre verächtliche Haltung und ihr vollständiges Ignorieren ihrer Verpflichtungen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **24-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadier- und der 30.

mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Drapatyj und Garas das Gebiet **Dolomitnoje** und **Golmowskij** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen. Infolge von Mörserbeschuss auf Dolomitnoje wurde eine Stromleitung beschädigt. Die ganze Ortschaft hatte keinen Strom.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Krutaja Balka** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Sachanka** und **Oktjabrj** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge von hinterhältigem Beschuss von Seiten der ukrainischen bewaffneten Banden **starben zwei unserer Verteidiger** bei der Ausübung ihrer Pflicht. Wir sprechen den Familien der Toten unser tiefes Mitgefühl aus und wenden uns an die internationalen Organisationen, vor allem an die OSZE, mit dem Aufruf, die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite entschieden zu verurteilen und keine mögliche Eskalation des Konflikts zuzulassen sowie alle notwendigen und dringenden Maßnahmen zur Bändigung der ukrainischen Kämpfer zu unternehmen.

Im Generalstab der ukrainischen bewaffneten Formationen ist man äußert beunruhigt über den anhaltenden Abfall der Disziplin und der Rechtsordnung in den untergeordneten Truppenteilen in der Kampfzone. Besonders ist dieser unumkehrbare Prozess in der 128. Gebirgssturmbrigade zu beobachten. Die Situation wird dadurch verschärft, dass die planmäßige Rotation der Brigade im Zusammenhang mit dem Präsidentschaftswahlen in der Ukraine auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde. Anstatt im Februar werden die Kämpfer der 128. Brigade nicht vor April zu Hause sein. Vor diesem Hintergrund haben die Fälle von **Befehlsverweigerung gegenüber den Kommandeuren, Alltagsauseinandersetzungen und Desertion** zugenommen.

Der bei uns in Gefangenschaft geratene Kämpfer der 128. Brigade, von dem wir gestern berichtet haben, ist bereits der zweite Gefangene aus diesem Truppenteil in der letzten Zeit. Die Umstände, wie er zu uns geriet, haben ihre Besonderheit, im Unterschied zu dem vorherigen Kämpfer Katschinskij, den seine Kameraden im Stich gelassen hatten. Unser „neuer Gast“ hat auch mit seinen Kameraden Kampfaufgaben an der Kontaktlinie ausgeführt, aber, wie es in der stärksten Armee Europas vorkommt, klappte etwas nicht so und ein weiterer „Befreier“ befand sich hinter Gittern.

Nach uns vorliegenden Informationen ist eine große Inspektion unter Führung des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes General Krischtun in der Kampfzone eingetroffen, um eine Untersuchung in der 128. Brigade vorzunehmen. Der Kommandeur dieser Brigade Sobko wurde eilig aus dem Urlaub zurückgerufen.

Im Ergebnis einer vorläufigen Untersuchung versucht das Kommando der 128. Brigade die Verantwortung für das Geschehen vollständig von sich abzuwälzen. Der in Gefangenschaft geratene Kämpfer wird als Flüchtling ausgegeben, der vorsätzlich von den Positionen auf die Seite des Feinds desertiert ist und dabei die Waffe mitgenommen hat.

Ich wende mich an die Verwandten des Gefangenen, in erster Linie an seine Mutter und seine Frau. Sehr geehrte Marija Dmitrijewna und Walentina, versuchen Sie die Wahrheit herauszubekommen. Das verbrecherische ukrainische Kommando wird jetzt mit allen Mitteln versuchen, der Verantwortung für das Geschehen zu entgehen, indem sie sie auf den Soldaten selbst als den Untersten abwälzt. Aber die wirkliche Ursache liegt darin, dass die Menschen des Geschehens müde sind, aber die Kommandeure auf ihre Untergebenen spucken. Ihre Hauptaufgabe ist jetzt die Gewährleistung eines Sieges ihres Herrn Poroschenko bei den

Wahlen.

Die bei uns eintreffende Informationen erlauben es den Schluss zu ziehen, dass die Administration des Präsidenten der Ukraine und das oberste Kommando der bewaffneten Formationen planen, die Aufmerksamkeit der radikal eingestellten Elemente im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen abzulenken. So war es bereits im Frühjahr 2014, als die durch einen blutigen Umsturz an die Regierung gekommenen Verbrecher die Nationalisten weit aus Kiew wegschickten, damit sie die Bevölkerung des Donbass terrorisieren. So geschieht es auch im Vorfeld dieser Wahlen.

Unter dem Vorwand der Abwehr einer angeblichen russischen Aggression bringt man die bewaffneten Formationen der Nationalisten in das Gebiet der Kampfhandlungen. Im Verantwortungsbereich der 28. und 30. mechanisierten Brigade sowie der 57.

Panzergranadierbrigade nördlich und westlich von Donezk sind die bewaffneten Banden „Asow“ und „Rechter Sektor“ eingetroffen.

Die Rechnung Poroschenkos ist verständlich: den Bandera-Leuten einen Knochen hinwerfen und, während sie im Donbass beschäftigt sind, Wahlen durchführen, ohne die Erregung von Nationalisten zu fürchten, die über Waffen verfügen und in der Lage sind die derzeitige Regierung zu stürzen.

de.sputniknews.com: **Venezuela: Russlands Vize-Außenminister warnt vor Militärintervention**

Eine militärische Intervention in Venezuela würde laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow eine radikale Destabilisierung der Lage im Lande selbst sowie in der gesamten Region bedeuten.

„Wir bemühen uns weiterhin, die legitime Regierung in Caracas in verschiedenen Bereichen auf jede erdenkliche Weise zu unterstützen, und warnen dabei alle Abenteurer, die womöglich dazu neigen, die Sache zu einem bewaffneten Angriff zu bringen, vor solchen Schritten, da dies eine radikale Destabilisierung der Lage nicht nur in Venezuela, sondern auch in der gesamten Region bedeuten würde“, betonte der Vize-Außenminister in Gespräch mit Sputnik. Ihm zufolge sind „die jüngsten Ereignisse in Montevideo, also die Schaffung von zwei Formaten, die in ihrem Verantwortungsbereich nicht ganz übereinstimmen, aber dennoch eine Plattform, ein Forum für die Anbahnung des Dialogs zwischen der Regierung und der Opposition darstellen, ein wichtiger Schritt nach vorne“.

In der vergangenen Woche gab es zwei internationale Treffen in Uruguays Hauptstadt Montevideo zur Krise in Venezuela. Beide wollten einen neuen Dialogprozess in dem Land in Gang setzen. Die EU-Staaten setzten dabei die Forderung nach Neuwahlen durch. Allerdings gab es keine Einigung hinsichtlich des Schlussdokuments.

Am 21. Januar hatten in Venezuela Massenproteste gegen den derzeitigen Präsidenten Nicolás Maduro begonnen. Bei den während der Proteste erfolgten Zusammenstößen waren Menschen ums Leben gekommen. Parlamentschef und Oppositionsführer Juan Guaidó erklärte sich am 23. Januar zum Interimspräsidenten. Die USA und eine Reihe lateinamerikanischer Länder erkannten Guaidó unverzüglich als solchen an.

Maduro, der im Januar seine zweite Amtszeit angetreten hatte, erklärte seinerseits, er sei der verfassungsmäßige Präsident, und nannte den Vorsitzenden des oppositionellen Parlaments eine „US-Marionette“. Zudem kündigte er einen Abbruch der Beziehungen zu den USA an. Russland, China und eine Reihe anderer Länder bekundeten Maduro als legitimen Präsidenten Venezuelas ihre Unterstützung.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32368/72/323687276.jpg>

de.sputniknews.com: **Erneute Verlängerung der Untersuchungshaft für Wyschinski: OSZE fordert Freilassung**

Nach einer erneuten Verlängerung der Untersuchungshaft für den im Mai festgenommenen Chef von RIA Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, hat der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Harlem Désir, am Dienstag Kiew gegenüber seine Besorgtheit geäußert und dazu aufgerufen, ihn freizulassen.

„Ich wiederhole meinen Appell, sowohl Wyschinski als auch alle in dem OSZE-Zuständigkeitsbereich festgenommenen Journalisten freizulassen“, erklärte Désir.

Zuvor hatte ein Gericht in Cherson einem Gesuch der ukrainischen Staatsanwaltschaft stattgegeben, die Haftfristen für Wyschinski bis zum 8. April zu verlängern.

Wyschinskis Rechtsanwalt Andrej Domanski hat nach eigenen Worten dagegen Berufung eingelegt.

Wyschinski befindet sich zurzeit in einem ukrainischen Gefängnis. Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte Kirill Wyschinski am 15. Mai 2018 vor dessen Wohnung in Kiew festgenommen und noch in der Nacht nach Cherson gebracht. Dem Journalisten werden Landesverrat und Unterstützung für die selbsterklärten Republiken der Donbass-Region zur Last gelegt. Bei einer Verurteilung drohen Wyschinski bis zu 15 Jahre Haft.

Der Kreml hat die Handlungen der Ukraine entschieden verurteilt und Antwortmaßnahmen versprochen. Moskau richtete eine Protestnote mit der Forderung an Kiew, die Gewalt gegen Medienvertreter einzustellen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32393/06/323930673.jpg>

Wpered.su: In Donezk wurde der 101. Jahrestag der Gründung der DKR gefeiert

Am 12. Februar fand in Donezk eine feierliche Veranstaltung aus Anlass des 101. Jahrestags der Gründung der Donezko-Kriworoschkaja-Republik statt. An ihr nahmen die Kommunistische Partei der DVR, der Leninsche Komsomol der DVR, die Union sowjetischer Offiziere der DVR, die gesellschaftliche Organisation „Novyje Skify“, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Als erster sprach der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow. In seinem Beitrag unterstrich er, dass die Donezker Volksrepublik offiziell der Nachfolger der Donezko-Kriworoschkaja-Republik ist. Dennoch gab es in der DKR die Sowjetmacht, aber in der DVR ist es nicht gelungen, die bürgerliche Staatsmaschinerie, die das Erbe der Ukraine ist, zu zerschlagen. Erst nach der Errichtung der Macht der Arbeit wird der Donbass wieder ein Vorbild für die Ukraine sein, wie seinerzeit die Donezko-Kriworoschkaja-Republik ein Vorbild war.

Während der Kundgebung sprach auch der ehemalige Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin. Nach Abschluss der Veranstaltung fand eine Niederlegung von Blumen am Denkmal für Artjom, den Gründer der Donezko-Kriworoschkaja-Republik statt.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/02/IMG_20190212_141429-1024x768.jpg

de.sputniknews.com: **Kiew will weitere 100 russische Webseiten sperren**

Der ukrainische Sicherheitsdienst SBU hat laut seinem Vertreter Alexander Klimtschuk eine Liste mit weiteren 100 russischen Webseiten vorbereitet, die wegen ihrer „Bedrohung für die Informationssicherheit des Landes“ gesperrt werden sollen.

„In diesem Jahr wurde eine Liste von weiteren 100 Seiten vorgelegt. In nächster Zeit wird per Präsidentenerlass der Beschluss des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates in Kraft gesetzt und diese Seiten werden blockiert“, sagte der Chef der SBU-Abteilung für den Schutz staatlicher Interessen im Bereich der Informationssicherheit, Klimtschuk, am Dienstag gegenüber dem TV-Sender ICTV.

Im Mai 2017 hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko mehrere russische Medien für die Dauer von drei Jahren mit Sanktionen belegt. Er ließ zudem die russischen sozialen Netzwerke „VKontakte“ und „Odnoklassniki“ sowie den Service der russischen IT-Unternehmen Yandex und Mail.Ru Group auf ukrainischem Territorium sperren.

Nach Ansicht des russischen Außenministeriums will Kiew mit Hilfe des Verbots alternative Informationsquellen blockieren.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32393/17/323931783.jpg>

de.sputniknews.com: **S-400 vs. Patriot: USA befürchten Einfluss russischer Fla-Systeme auf eigene Anlagen**

Die USA haben die Türkei erneut aufgerufen, keine Raketenabwehr-Systeme in Russland zu kaufen. Wie die US-Botschafterin bei der Nato, Kay Bailey Hutchison, mitteilte, könnten die russischen Anlagen die US-Raketensysteme Patriot stören, die Washington potenziell in der Türkei stationieren könnte.

„Wir sind sehr besorgt über jegliche russischen Raketenabwehranlagen im verbündeten Staat“, sagte Hutchison gegenüber Journalisten.

„Wir rufen die Türkei auf, damit (mit dem Kauf – Anm. der Red.) nicht weiterzumachen, weil sich das auf die Verteidigungssysteme auswirken wird, die wir in der Türkei haben könnten“, sagte sie weiter.

Offenbar habe sie damit die Patriot-Raketensysteme gemeint, deren Verkauf das Pentagon an die Türkei gebilligt hatte. Ankara beantragte den Kauf von vier Anlagen samt 20 Startrampen und 80 Abfangraketen.

Laut der Pressestelle des türkischen Präsidenten wird Ankara nicht auf den Kauf von russischen S-400-Anlagen verzichten, auch wenn es künftig die Patriot-Systeme kaufen werde. Die zwei Themen seien nicht miteinander verbunden.

Wie die Zeitung „Yeni Safak“ geschrieben hat, gebe die Türkei den US-Forderungen nicht nach, die Patriot-Systeme statt der russischen S-400 zu kaufen, weil das Angebot der Amerikaner sich als sehr teuer erwiesen habe. Die Summe des Deals betrage 3,5 Milliarden US-Dollar und sehe weder Rabatt noch Übergabe von Technologien vor, hieß es. Für die russischen Raketensysteme werde die Türkei um ein Drittel weniger zahlen müssen.

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Garas das Gebiet von **Logwinowo** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgsturmbbrigade der ukrainischen Streitkräfte

aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Sokolniki**, **Shelobok** und **Donezkij** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurde das Gebiet von **Solotoje-5** mit einem 82mm-Mörser beschossen.

Insgesamt wurden 39 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

An den Folgen verbrecherischer Handlungen der Kiewer Truppen leiden friedliche Einwohner des Donbass, darunter auch Kinder. Während dieses Monats wurde Solotoje-5 systematisch von Seiten der Kämpfer der 54. Brigade beschossen. Dadurch waren die Schüler der Schule Nr. 4 gezwungen, in den Schutzräumen Schutz zu suchen, statt Unterricht zu haben. Die Tatsache des Beschusses der Schule erscheint im Bericht der OSZE-Mission.

Wir wenden uns an die internationalen Rechtsschutzorganisationen, Druck auf die Kiewer Regierung auszuüben, weil solche Handlungen eine grobe Verletzung des internationalen humanitären Rechts sind.

Unter Nutzung der Bedingungen des „Weihnachtswaffenstillstands“ zieht der Gegner weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie zusammen.

Wir haben die Ankunft von vier Scharfschützenpaaren im Verantwortungsbereich der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Stschastje bemerkt. Ziel ist die Durchführung provokativer Handlungen im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk am 13. Februar 2019.

Wir rufen das Kommando der „OOS“ auf, von offensichtlich zum Scheitern verurteilten Provokationen Abstand zu nehmen, weil alle Versuche einer Aggression von Seiten des Gegners fest unterbunden werden.

Am vierten Jahrestag der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen möchte ich über ihre „Erfüllung“ durch die ukrainische Seite Bilanz ziehen. **Von elf Punkten des Memorandums hat die Kiewer Regierung nicht einen erfüllt:** das Regime der Feueinstellung wird nicht eingehalten, es sterben friedliche Einwohner, wie zuvor werden schwere Waffen an der Kontaktlinie festgestellt, die Grenzen des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln werden verletzt. Im Zusammenhang mit regelmäßigen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der OSZE-Beobachter von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist ein effektives Monitoring der Lage nicht möglich.

Wir wenden uns an die Vertreter der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen mit der Bitte, eine rechtliche Bewertung der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Truppen zu geben und die Kiewer Regierung zu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Feueinstellung einzuhalten.

Frage: Morgen findet das nächste Treffen der Kontaktgruppe in Minsk statt. Was erwarten Sie davon und wird die Volksmiliz der LVR im Falle eines Fortschritts in den Verhandlungen Friedensinitiativen unterstützen?

Antwort: Wir hegen keine Illusionen bezüglich eines Fortschritts bei den Verhandlungen. Die Kiewer Regierung in Person von Poroschenko nimmt eine abwartende Position ein, und wahrscheinlich werden keinerlei wesentliche Änderungen im Verhandlungsprozess stattfinden. Aber wenn ein Wunder geschieht und Pjotr Alexejewitsch den Mut findet und sich entscheidet auf den Weg einer friedlichen Regelung zu gehen, so werden wir weiterhin die Position einnehmen, auf den Weg einer Deeskalation des Konflikts zu gehen.

de.sputniknews.com: "**Washingtons Drahtpuppe**": **USA warben Guaidó vor zehn Jahren an – Botschafter**

Der Oppositionsführer und selbsterklärte Übergangspräsident Juan Guaidó ist laut dem venezolanischen Botschafter in Moskau, Carlos Rafael Faría Tortosa, schon vor zehn Jahren von den USA angeworben worden. Zudem nannte der Diplomat ihn eine Drahtpuppe

Washingtons.

„In unserem Fall, besonders im Zuge dieser zweieinhalb Wochen, als dieser Herr Abgeordnete Guaidó, den bisher niemand kannte, obwohl er schon vor zehn Jahren von den USA angeworben worden war. Unseren Angaben zufolge wurde er nach Serbien entsandt, um zu lernen. Und damit hat alles begonnen“, sagte der Diplomat am Dienstag vor dem Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus).

„Es ist die Zeit gekommen, da er bereit ist. Man sagt, er sei bereit, aber nicht ganz bereit für diese (von den USA gestellte – Anm. d. Red.) Aufgabe. Er ist nur eine Drahtpuppe, steht dort, damit die USA hinter ihm stehen und reden können“, fügte Tortosa hinzu.

Im vergangenen Monat begannen in Caracas Massenproteste gegen den agierenden Staatschef Venezuelas, Nicolás Maduro. Am 23. Januar hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während der Proteste zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die USA und einige andere Staaten, darunter auch Deutschland, erkannten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putsch-Versuch sprach.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32380/07/323800776.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 15:05 Uhr das Feuer mit Mörsern, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen in Richtung **Wasiljewka** und **Jasinowataja** eröffnet.

Unter Beschuss von Seiten der BFU geriet das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbaskij-Wasserwerke. Zurzeit befindet sich das Personal der Station im Schutzraum.

Opfer gibt es keine, Informationen über Schäden werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Nicht des Glaubens wegen: Russlands Chefrichter über Verfolgung der Zeugen Jehovas**

„Jehovas Zeugen“ werden nicht wegen ihres Glaubens, sondern wegen Gesetzesverstößen verfolgt, sagte der Vorsitzende des Obersten Gerichts Russlands, Wjatscheslaw Lebedew, am Dienstag in einer Beratung der Vorsitzenden der föderalen Gerichte.

Ein Medienrummel um dieses Thema ist im Westen ausgebrochen, nachdem Dennis Chistensen aus Dänemark, der Leiter einer Religionsgemeinde der Zeugen Jehovas im Gebiet Orjol, von einem örtlichen Gericht zu sechs Jahren Haft verurteilt worden war. Das ist nicht

der erste Fall, dass Adepten dieser Bewegung in Russland bestraft wurden. Solche Fälle würden laut Lebedew so dargestellt, als ob Menschen wegen ihrer religiösen Tätigkeit verfolgt würden. „Doch diese Frage hat mit Religion nichts zu tun, niemand wurde wegen seines Glaubens verfolgt. Diese Organisation hatte eine Tätigkeit ausgeübt, die durch das Gesetz verboten ist“, so Lebedew. Ihm zufolge hat das Oberste Gericht das Thema „Jehovas Zeugen“ bereits geprüft, und sein Beschluss könne erst aufgehoben werden, wenn das Gesetz geändert werde.

Der Kampf der russischen Behörden gegen die Zeugen Jehovas hatte sich lange Zeit auf das Verbot einzelner Zellen dieser Organisation beschränkt. Mitte 2017 untersagte das russische Justizministerium die Tätigkeit der Dachorganisation – des „Verwaltungszentrums der Zeugen Jehovas in Russland“ – „wegen extremistischer Aktivitäten“.

Das Ministerium hat den „Zeugen“ unter anderem die Verweigerung von Bluttransfusion zur Last gelegt. Die Tätigkeit dieser Organisation „bedroht den Schutz der Rechte und Interessen der Gesellschaft und die gesellschaftliche Sicherheit“, hieß es.

Juristen der Zeugen Jehovas bestritten die Anschuldigungen des Justizministeriums, darunter auch wegen der Verweigerung von Bluttransfusion, mit der Begründung, das Gesetz über die Bekämpfung der extremistischen Aktivitäten sehe eine solche Tat nicht vor.

Zum Zeitpunkt des Verbots der „Zeugen Jehovas“ waren in Russland mehr als 2.200 religiöse Gruppen registriert worden, die nach Angaben dieser Organisation 175.000 Mitglieder vereint hätten.

abends:

de.sputniknews.com: Syrien wirft US-geführten Koalition Verbrechen gegen Menschlichkeit vor

Nach massiven Bombenangriffen der US-geführten Koalition auf das syrische Dorf Baghouz mit dutzenden Toten und Verletzten hat Damaskus Washington „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vorgeworfen. Das geht aus der jüngsten Erklärung des syrischen Außenministeriums hervor.

Syrischen Medienberichten zufolge wurden beim Bombardement eines Flüchtlingslagers in Baghouz in der südöstlichen syrischen Provinz Deir ez-Zor am Montag mindestens 16 Menschen getötet und über 50 verletzt.

„Attacken der internationalen Koalition auf unschuldige Zivilisten und der Einsatz verbotener Waffen gegen das syrische Volk sind bereits zu routinemäßigen Verstößen gegen das Völkerrecht geworden. Diese Bombenangriffe sind ein weiteres Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, hieß es in der Erklärung.

Die kurdisch-arabischen Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) hatten am vergangenen Samstag mit der Befreiung von Baghouz von der Terrormiliz Daesh (IS/Islamischer Staat) begonnen. Nach der DKS-Darstellung ist Baghouz die letzte syrische Siedlung, die von Daesh noch besetzt gehalten wird.

Die DKS kämpft seit Monaten gegen die Reste der Daesh-Terrormiliz. Dabei werden die Demokratischen Kräfte von der US-geführten Koalition unterstützt. Medien berichten immer wieder vom Tod friedlicher Zivilisten bei Angriffen der Koalition.

de.sputniknews.com: Lawrow warnt Pompeo vor Eingreifen in Venezuela

Nach der Androhung einer US-Militärintervention gegen Venezuela hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow die Vereinigten Staaten ausdrücklich vor jeder Einmischung in dem krisengebeutelten südamerikanischen Land gewarnt.

Lawrow hat am Dienstag mit seinem US-Amtskollegen Mike Pompeo telefoniert, wie das Außenamt in Moskau mitteilte.

„Bei der Erörterung aktueller außenpolitischer Themen warnte Sergej Lawrow vor jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas, einschließlich einer von Washington entgegen dem Völkerrecht angedrohten Militärintervention“, hieß es.

Die russische Seite ist laut Lawrow bereit, mit den USA die Venezuela-Probleme auf der Grundlage der UN-Charta zu besprechen.

Die USA haben sich in der Venezuela-Krise hinter den selbsternannten Staatschef gestellt. In der vergangenen Woche schloss US-Präsident Donald Trump eine „militärische Option“ nicht aus. ...

de.sputniknews.com: **Unterdrückung von GPS-Signal: Lawrow kommentiert „highly-likely“-Vorwürfe Finnlands**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat Vermutungen, wonach Russland GPS-Signale im Norden Finnlands unterdrückt haben soll, der „highly-likely“-Serie zugeordnet. „Es gab keine Untersuchungen, denn eine Phantasie kann man nicht untersuchen“, sagte Lawrow am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Moskau.

„Gleich nach der Erhebung der Vorwürfe hatten sich russische Militärs bereit erklärt, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und das Problem zu regeln.“ Aber führende Repräsentanten Norwegens und dessen Militärs sowie Medien hätten den Vorschlag überhört. „Wenn Fakten vorliegen, werden wir das besprechen. Anderenfalls ist das alles unseriös“, sagte Lawrow.

Finnlands Regierungschef Juha Sipilä hatte während des NATO-Manövers „Trident Juncture-2018“, das vom 16. Oktober bis 7. November vergangenen Jahres ausgetragen wurde, als Erster den Vorwurf erhoben, dass Russland mit GPS-Problemen zu tun gehabt hätte. Seine Version wurde vom Verteidigungsministerium Norwegens unterstützt. Allianz-Sprecherin Oana Lungescu bezeichnete die Unterdrückung von GPS-Signalen im Raum der Übungen als „gefährlich und verantwortungslos“.

Am 12. November erklärte der Kreml, Moskau wisse nichts von einer Einmischung Russlands in das satellitengestützte GPS-Navigationssystem während des Manövers.